

### DDR-Vergangenheit

## Chance für Stasi-Leute

Sachsens Kultusstaatssekretär Wolfgang Nowak (SPD) über die Rehabilitierung belasteter Lehrer

**SPIEGEL:** Sie haben in Sachsen fast 10 000 politisch belastete Lehrer aus DDR-Zeiten aus dem Dienst gefeuert. Jetzt sprechen Sie davon, den Geschädigten wieder eine Chance zu geben. Woher der Sinneswandel?

**NOWAK:** Wenn ich aus Unachtsamkeit ein Kind angefahren habe, wird die entsprechende Eintragung nach einigen Jahren aus dem Strafregister getilgt – die Gesellschaft zeigt sich bereit zur Versöhnung. Mit ehemaligen Stützen des DDR-Regimes sollten wir nicht gnadenlos umgehen als mit Straftätern. Nach einer Karenzzeit von fünf Jahren bin ich bereit zu einer Art Generalamnestie für Menschen, die politisch verstrickt waren.

**SPIEGEL:** Wollen Sie auch die Unterdrücker von der Stasi freisprechen?



Nowak

anderen Menschen konkret geschadet hat.

**SPIEGEL:** Haben Sie keine Zweifel an der fachlichen Qualifikation politisch belasteter DDR-Lehrer?

**NOWAK:** Partei und Stasi haben nicht die Schlechtesten als Funktionäre und Helfer genommen. Ich bin dafür, daß wir diese Leute nach Ablauf der Fünf-Jahres-Frist mit den gleichen Kriterien auf ihre Tauglichkeit für den sächsischen Schuldienst prüfen sollten wie alle anderen Bewerber.

**NOWAK:** Es geht nicht um Freispruch, sondern darum, daß wir in der Gesellschaft keine Kaste von Aussätzigen schaffen sollten. Auch ehemalige Leute der Staatssicherheit müssen wieder eine Chance bekommen. Eine Grenze würde ich allerdings an der Stelle ziehen, wo jemand

Zeitschrift *Saarbrücker Hefte*, die von der SPD geführten Stadt Saarbrücken finanziell unterstützt wird, werfen die Soziologen Josef Reindl und Hans Günter Grewer dem Finanz- und Wirtschaftsexperten der Bundes-SPD industriepolitisches Versagen vor. Im Saarland (Arbeitslosenquote: 7,6 Prozent) seien „Falschmünzer am Werk“, die „das Wort vom symbolischen Gehalt der Politik als Ersetzung von Politik durch Symbole verstanden haben“. In Lafontaine sehen die Kritiker „weniger den charismatischen und ideenreichen Politiker“, sondern „vielmehr einen begnadeten Gag-Produzenten und Selbstdarsteller“. Das „Kartell der Traumtänzer“ schwele in unerfüllten Ansiedlungserwartungen und offenbare damit ein „ausgeprägtes Wunschdenken und mangelnden Realitätssinn“. Auch am Saarstahl-Konkurs trage die Landesregierung Mitverantwortung: Ihren Anteil (27,5 Prozent) habe sie „nicht im entferntesten genutzt, unternehmenspolitisch mitzureden“.



Sachsens Innenminister Eggert (l.), Polizisten

### Polizei

## Freund und Hüter

Der Alkoholismus bei der Polizei steigt. Eine Untersuchung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ergab, daß vermutlich rund fünf Prozent der Beamten alkoholkrank oder -gefährdet sind. Zum Kampf gegen die Trunksucht sind in Großstädten wie Berlin und Köln bereits meist freiwillige Helfer im Einsatz, um trinkende Kollegen zur Entziehungskur zu bewegen. Der hessische GdP-Vorsitzende Hansgeorg Koppmann hat jetzt erstmals die Einstellung eines Suchtberaters durchgesetzt, der direkt dem Frank-

furter Polizeipräsidenten unterstellt ist. Es sei höchste Zeit, meint Koppmann, das heikle Thema, das jahrelang „unter den Teppich gekehrt wurde, zu beackern“. Der Gewerkschafter sieht die Gefahr, daß ein betrunkenen Polizist seine Pistole mißbraucht. Auch die GdP-Zentrale in Hilden reagierte auf das Promille-Problem: Sie verhängte ein Alkoholverbot in ihren Geschäftsräumen.

### Energie

## Weniger Atomstrom

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW), die bislang rund 74 Prozent ihres

Stroms in Atomkraftwerken produzieren, werden voraussichtlich ab 1998 den größten Beitrag aller deutschen Versorgungsunternehmen zur Nutzung von regenerativer Energie leisten. Bis zu 600 Megawatt Strom aus norwegischen Wasserkraftwerken wollen die HEW über ein 540 Kilometer langes Seekabel (Kosten: rund eine Milliarde Mark) importieren. Einen entsprechenden Vertrag haben die Hanseaten vergangene Woche abgeschlossen. Spätestens im Jahr 2000, so rechnen HEW-Experten, kann dann der atomare Schrottreaktor im holsteinischen Brunsbüttel, der seit August 1992 wegen Rissen in Rohrleitungen abgeschaltet ist, endgültig vom Netz genommen werden.

### Lafontaine

## Falschmünzer am Werk

Massive Kritik an der Wirtschaftspolitik des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine üben Saarbrücker Wissenschaftler. In der neuesten Ausgabe der eher linksorientierten

### Gift aus dem Auspuff

Binnen 15 Jahren hat sich die mittlere Belastung durch Ozon, das durch Auto- und Industrieabgase in Verbindung mit Sonnenlicht entsteht, nach Berechnungen des Heidelberger Umwelt- und Prognoseinstituts in den alten Bundesländern verdoppelt.

